

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatzdruck.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 293 A

BERLIN • Mittwoch, den 11. Januar 1933

2. JAHRGANG

# Kriegsgegner heraus! Organisiert die Abwehrfront!

W-r. Matsuoka, der Führer der japanischen Abordnung in Genf, hat am Montag in Mailand gelegentlich seiner Durchreise mit einem Vertreter der Telegraphen-Union über den Krieg im Fernen Osten gesprochen:

Japans Bestreben, so erklärte er, sei einzig darauf gerichtet, aus der Mandchurei einen unabhängigen (!) militärisch und wirtschaftlich gesicherten Staat zu machen. Wenn aber chinesische Generale dort ihr Wesen trieben, dann sei das gleichbedeutend mit der Schaffung eines Chaos, das Rußland benutzen werde, die Bolschewisierung weiter nach Asien zu tragen.

Von der Mandchurei bis Japan sei es aber nur ein Schritt. Obwohl die Beziehungen zu Rußland zur Zeit freundschaftlicher Art seien, so werde Japan doch niemals dulden, daß Rußland Asien bolschewisiere.

Japan mache keine Ansprüche auf die Mandchurei und wolle sie nicht einmal geschenkt haben; aber wie England auf ein unabhängiges (!) Ägypten und Amerika auf ein unabhängiges Panama nicht verzichten könnten, so könne auch Japan nicht auf die unabhängige Mandchurei verzichten. Japans Stellung zum Völkerbunde werde sich nicht ändern solange sich nicht der Charakter des Völkerbundes als eines beratenden Zirkels ändere. Wenn jedoch der Völkerbund zu einem eigenen Staat werde und Befehle erteilen wolle, dann mache Japan nicht mehr mit Matsuoka erklärte, daß er in Genf sehr offen und freimütig sprechen werde. Er werde sagen: „Wenn ihr den Frieden in Asien wollt, dann stützt endlich unsere Position, wenn ihr aber das Chaos wollt, das vielleicht einen Weltenbrand heraufbeschwören wird, dann stellt euch auf die Seite Chinas.“

Das ist wieder der alte japanische Appell an die Imperialisten der Welt, sich durch keine Differenzen der imperialistischen Mächte unter einander den Blick trüben zu lassen für die Generalausensetzung zwischen kapitalistischem Imperialismus und Kommunismus.

Stalin hat, wie wir bereits berichteten, vor den Führern der Kommunistischen Partei Rußlands gesprochen. Ueber die außenpolitisch wichtigste Stelle seiner achtstündigen Rede erfährt das „Berliner Tageblatt“ von seinem Moskauer Korrespondenten:

Stalin weist darauf hin, daß die Sowjet-Union sich kürzlich wegen der „Nichtunterzeichnung angebotener Nichtangriffspakte durch Nachbarstaaten sowie wegen der Entwicklungen im Fernen Osten auf die Möglichkeit eines Krieges umstellen mußte. Dadurch wurde vier Monate lang ein Teil der Schwerindustrie lahmgelegt, weil ihre Umstellung auf reine Kriegsfabrikation für nötig erachtet wurde.“

„Wir hätten den Fünfjahresplan der Industrie nicht nur zu 93,7 Prozent, sondern restlos erfüllt, wenn diese Umstellung nicht notwendig gewesen wäre. Aber jetzt sind alle Lücken in der Verteidigungsfähigkeit des Landes ausgefüllt. Wir sind in dieser Hinsicht mächtig geworden und bereit, in Massen modernste Waffen herzustellen und äußere Angriffe abzuschlagen.“

„Unsere Industrie produziert heute dreimal mehr als in der Vorkriegszeit, zweimal mehr als vor Beginn des Fünfjahresplans 1928. Wir haben anderthalb Milliarden Rubel (drei Milliarden Mark) für Maschineneinfuhr aus dem Ausland ausgegeben; wir hätten dafür, wie manche Kritiker meinen, Verbrauchsgüter einführen und unsere weiteren Entbehrungen, bei Verzicht auf solche Industrialisierung, vermeiden können, aber dann wären wir heute wehrlos wie China und hätten nicht die Chancen, die wir heute für eine große selbständige Eigenversorgung mit allen Gebrauchsgütern haben. Wir hätten statt Nichtangriffspakten einen tödlichen, blutigen Krieg. Die Partei hat zu höchstem Tempo angepeitscht und hat mit der Erfüllung ihrer Pläne gesiegt. Sie handelte damit richtig.“

Es ist wohl richtig, daß die Sowjet-Union, die militärisch bedrängt wird, sich für alle Fälle rüstet, um nicht, wie Stalin hier sehr richtig betont, genau wie China ein bloßes Angriffsobjekt für die Beuteluft der Imperialisten darzustellen. Aber, wie wir bereits vor einigen Tagen betonten:

die Politik der Kommunistischen Internationale ist bereits seit einigen Jahren sicher nicht richtig gewesen,

nicht richtig in dem Sinne, daß sie die Sympathien für die Sowjet-Union nicht so gestärkt hat, daß den Kriegstreibern durch die Arbeiterschaft ihrer eigenen Länder bei der Verfolgung ihrer Angriffe gegen die Sowjet-Union hinreichend viele Schwierigkeiten entstehen würden. Diese Angriffe sind jetzt in der Tat nicht bloß mehr eine übertriebene Furcht einiger Sowjet-Politiker, sondern sogar der „Vorwärts“ entschließt sich in seiner Dienstag-Ausgabe zu der Feststellung

## Spitzel und Denunzianten bekommen Arbeit!

Gute Bezahlung zugesichert.

Der Berliner Polizeipräsident Melcher erließ eine Bekanntmachung, der wir folgendes entnehmen:

„Belohnung bis zur Höhe von 1000 Mark erhält derjenige, welcher der Polizei . . . Hersteller und Verbreiter illegaler kommunistischer Schriften, Herstellungsorte und Herstellungseinrichtungen für solche Schriften so nachweist, daß eine strafgerichtliche Verurteilung erfolgt. Dieselbe Belohnung bis zu der angegebenen Höhe erhält auch derjenige, der der Polizei geheime Waffen-, Munitions- und Sprengstofflager so nachweist, daß ihre Beschlagnahme erfolgt. Die Entscheidung über die Höhe und die Verteilung der zuzubilligenden Belohnung ist meinem freien Ermessen überlassen und geschieht unter Ausschluß des Rechtsweges. Angaben, die streng vertraulich behandelt werden, und deren Ursprung geheimerhalten wird, sind . . .“

Das sind die Methoden, die angewandt werden, um linke-stehende Arbeiter ans Messer zu liefern. Was dabei herauskommt, konnte man wiederholt in den politischen Prozessen der jüngsten Vergangenheit beobachten.

Aber auch für die Polizei ist das Verfahren ein zweischneidiges Schwert; sie kann so viele anonyme Angaben erhalten, daß ihr ganzer Apparat mit der Sichtung des Materials so stark in Anspruch genommen wird, daß die Spreu vom Weizen nicht mehr gesondert werden kann, da die Mehrzahl der Mitteilungen sich als mehr oder weniger haltlos erweist, während es sich andererseits bei oberflächlicher Sichtung nicht vermeiden ließe, daß auch einmal zuverlässige Angaben übersehen und nicht nachgeprüft werden. Schließlich will jede Behörde ihre Daseinsberechtigung nachweisen. Hat sie keine Beschäftigung, so schafft sie sich eine oder sorgt dafür, daß ihr eine beschafft wird.

### Und die Früchte . . .

Die „Rote Fahne“ teilt eine typische Spitzelarbeit mit, wie sie bei kommunistischen Genossen versucht wurde. Bei der Frau eines Genossen sprachen eines Tages zwei Männer mit (gefälschten) Ausweisen des ZK der KPD vor und wollten Adressenmaterial haben. Die Frau ging aber nicht auf den Leim, und die Spitzel mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

„daß man einem neuen Krieg im Weltmaßstabe mit jedem Tag näher rückt, wenn nicht sehr bald . . . dem japanischen Imperialismus Einhalt geboten wird.“

Die Vorschläge, die dieses Zentralorgan einer der größten Arbeiterparteien zur Verhinderung des Krieges macht sind allerdings mehr als kläglich. Die SPD hat — eine Interpellation im Reichstag eingebracht, und zwar wird darin die Regierung Schleicher gefragt, ob sie gedenkt, gegen den Krieg im Fernen Osten etwas zu unternehmen. Die Vorstellung der Sozialdemokraten über den Pazifismus aktiver Generale ist offenbar noch immer genau so verworren wie 1914. Von der internationalen Arbeiterschaft ist in dieser Resolution, die wir der historischen Treue wegen abdrucken, keine Rede. Von einem Appell an die Arbeiterschaft ist auch in dem langen „Vorwärts“-Leitartikel, der sich an den Abdruck der Resolution anschließt, nicht die Rede. „Völkerbund muß handeln!“ schreibt der „Vorwärts“ in seiner Überschrift, womit dem „beratenden Zirkel“, wie Matsuoka ihn ironisch nennt, offenbar zu viel zugemutet wird.

Die organisierte Aktion gegen den Krieg hat vorläufig noch immer nur sehr schwache Ansätze; denn daß die Berufung auf den Völkerbund hier ein Unfug ist, leuchtet ein. Wenn überhaupt die internationale Organisation der Arbeiterschaft einen großen Sinn haben soll, dann müßte er sich jetzt zeigen: die Verhinderung des Krieges kann jetzt,

wo die Imperialisten ihn für nützlich halten, weil er sich gegen die Arbeiterklasse wendet und außerdem neue Gebiete für den kapitalistischen Markt aufschließt, nur noch von der Arbeiterschaft erwartet werden.

Alle, die grundsätzlich für den Kapitalismus sind, werden auch in dem kommenden Krieg nicht auf der Seite der Kriegsgegner stehen; sie werden bestenfalls mit wehleidigem Ge-

## AUS DEM INHALT:

Sportsmäßige Angestellten-Schinderei.  
Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbeschaffung.

Der mißglückte Aufstand in Spanien.  
Der subventionierte Pressesumpf.  
Die Internationale der Kriegsanwälte.

Es ist sehr zweckmäßig, in Fällen wie dem vorliegenden, sich nicht auf papierene Ausweise zu verlassen, da solche bei der heutigen „fortgeschrittenen“ Drucktechnik nur zu leicht zu fälschen sind. Man sollte grundsätzlich gegen Fremde auch mit den schönsten Ausweisen äußerst vorsichtig sein und ihnen wenigstens keine vertraulichen Auskünfte oder Materialien geben. Eine gutfunktionierende Organisation wird auch immer bekannte Personen für solche Aufträge verwenden, so daß das Vorweisen von Ausweisen, wenn nicht überflüssig, so doch zum mindesten weniger wichtig wird. Im vorliegenden Fall wäre es gut gewesen, die Frau hätte noch versucht, die Personalien der Fälscher, eventuell mit Hilfe von Nachbarn oder anderen Zeugen, festzustellen. Ganz verfehlt ist es natürlich, solche zweifelhaften Personen in die Wohnung eintreten zu lassen.

Es kann nämlich sonst passieren, daß bald darauf Sachen in der Wohnung gefunden werden, die vor der Anwesenheit der fraglichen Herren überhaupt nicht darin waren und die dann zur Auszahlung der vom Polizeipräsidenten ausgesetzten Belohnungen führen, umso mehr als in der Regel von den heutigen Gerichten die Richtigkeit der Tatsachen von „Linksverdächtigen“ nicht anerkannt wird.

jammer die vielen Opfer betrauern, die die Tragik des Weltgeschehens über das Menschengeschlecht gebracht habe. Da die Arbeiterorganisationen vorläufig mit unterschiedenen Taten noch zögern, da vorläufig noch keine der internationalen Organisationen ausdrücklich zum Zweck der Kriegsverhinderung zusammengetreten ist, wird es Zeit, daß alle Organisierten ihre Organisationen und Spitzenorganisationen

auffordern, wenigstens jetzt solche Schritte zu unternehmen.

Daneben aber muß bereits heute jeder Einzelne mit aller Schärfe der ihm zu Gebote stehenden Intelligenz und unter Ausnutzung aller seiner politischen Erfahrung prüfen, was er selber bereits jetzt tun kann, um an der Stelle, wo er steht, dafür zu sorgen, daß beim Ausbruch eines Krieges dieses mörderische Unternehmen an der Tatkraft der Kriegsgegner zusammenbricht.

Selbstverständlich soll sich die Hauptkraft darauf richten, den Krieg gar nicht erst ausbrechen zu lassen, und, wenn irgend möglich, alle an diesem Verbrechen Interessierten von den Posten zu verjagen, in denen sie dank der Schlafmützigkeit der Arbeiterschaft geblieben oder in die sie wieder hineingelangt sind. Aber diese Aufgabe, die mit der Verwirklichung des Sozialismus zusammenfällt, brennt heute nicht so auf den Fingernägeln wie die andere:

den mörderischen Schlag zu parieren, zu dem der Imperialismus und die herrschende Klasse bereits ausgeholt haben, den drohenden Weltkrieg.

### Die Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Ist die Reichsregierung bereit, angesichts der Vorgänge in Ostasien im Völkerbund den Standpunkt einzunehmen, daß Japan durch seine kriegerischen Aktionen gegen China und

# Der mißglückte Aufstand in Spanien.

Die Unruhen in Barcelona haben sich am Montag gelegt. Die Polizei beschlagnahmte zahlreiche Waffen und Munitionslager.

In Madrid haben die Syndikalisten versucht, Kasernen und einen Militärflugplatz einzunehmen. Es kam zu einem scharfen Feuergefecht, in dem das Militär Sieger blieb. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Zahlreiche Verhaftungen wurden von der Polizei vorgenommen.

Auch in Saragossa und Cadix und anderen Orten kam es zu Unruhen. In Cadix wurden zwei Personen in einem Feuergefecht getötet.

Die Bewegung, die von Barcelona ausging, hat auch auf die Kanarischen Inseln übergegriffen. Auf der ganzen Insel ist der Generalstreik ausgerufen worden, der gesamte Verkehr liegt still. In verschiedenen Orten kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei.

In einigen Orten Spaniens sind am Montag Abend die Unruhen wieder aufgelebt.

Besonders in Barcelona und in der Gegend von Valencia wurde der Aufstand mit großer Schärfe geführt. Es kam zu mehreren Bombenexplosionen, angeblich verwendeten die Syndikalisten auch Giftgasbomben. Telefon- und Lichtleitungen wurden durchgeschnitten. In Cadix, Valencia und Cuenca wurde zum Generalstreik aufgerufen, es kam aber nur zu Einzelstreiks. Der Maschinenmeister eines Elektrizitätswerks in Oviedo, der sich am Streik nicht beteiligte, wurde erschossen.

Insgesamt sind bei den Unruhen etwa 40 Menschen ums Leben gekommen. 75 sind zum Teil schwer verwundet.

Das spanische Innenministerium erklärt zu den Unruhen, daß der Plan der Aufständischen darin bestanden hätte, zuerst mehrere Kasernen zu stürmen, die Arbeiter mit den dort vor-

gefundenen Waffen auszurüsten und dann den großen Schlag gegen die Regierung auszuführen. Dieser Plan war der Regierung schon vor Beginn der Unruhen bekannt. Sie hat in allen Kasernen erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet. Nur in einer Kaserne, in Lerida, war das Telegramm mit den Anordnungen der Regierung nicht rechtzeitig eingetroffen; dort konnte infolgedessen der Angriff der Syndikalisten nicht so leicht abgeschlagen werden wie an den übrigen Orten.

Die Tatsache, daß die Regierung von den Plänen der Syndikalisten Wind bekommen hatte, konnte diesen nicht unbekannt geblieben sein; denn seit Tagen war die Presse voll von Berichten über einen bevorstehenden Umsturzversuch. Zudem forderten die kleineren Sabotageaktionen und Schlägereien, die seit über einer Woche in allen Teilen Spaniens vorgekommen sind, die Behörden geradezu zu verstärkter Wachsamkeit heraus. Mit einer Verschärfung der staatlichen Schutzmaßnahmen mußte also gerechnet werden. Unter diesen Umständen müßten die Syndikalisten im Besitz einer ausgezeichneten Organisation und mit einem taktisch einwandfreien Plan ausgerüstet sein, um den Aufstand mit Erfolg durchzuführen.

Selbstverständlich können wir diesen Umsturzversuch nicht in allen Einzelheiten beurteilen, da uns diese nicht bekannt sind. Die vorliegenden Berichte lassen jedoch erkennen, daß es sich bei der ganzen Bewegung nicht um eine einheitliche Aktion, sondern um einzelne Geplänkel handelte. Der Sturm auf die Kasernen mißlang; in Orten, wo der Generalstreik ausgerufen wurde, kam es nur zu kleinen Streikbewegungen, in einigen Dörfern wurde am Rathaus eine rote Fahne hochgezogen und der Kommunismus ausgerufen, der dann so lange währte, bis die Polizei kam.

Derartige Aktionen, die gar nicht zum Erfolg führen können, sind nur geeignet, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen.

durch die Schaffung des künstlichen Mandschukuostaates den Völkerbundspakt und den Kellogg-Pakt gebrochen hat?

Ist die Reichsregierung bereit, im Völkerbund, dessen Ansehen schon durch sein bisheriges Verhalten in dieser Sache schweren Schaden erlitten hat, dafür einzutreten, daß dieser von der japanischen Regierung die sofortige und bedingungslose Anerkennung und Ausführung des Lytton-Berichtes verlangt, widrigenfalls sämtliche Unterzeichner des Völkerbundsstatuts und des Kellogg-Paktes die Verpflichtung übernehmen würden, die diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen zu Japan unverzüglich abzubauen?

Ist die Reichsregierung bereit, ihren Vertreter im sogenannten 19er Ausschuß des Völkerbundes dahin zu instruieren, daß er die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung verlangt, auf der zu dem Verhalten Japans Stellung genommen wird?"

## Der Krieg in China.

### Japan als Hüter von Verträgen.

Das Bombardement chinesischer Truppen durch japanische Flugzeuge wird von der japanischen Presse bestätigt; es handelt sich um zwei chinesische Brigaden in der Provinz Jehol. Nakamura, der Oberbefehlshaber der japanischen Armee in China, hat erklärt, er

werde diese Brigaden „angreifen“, falls sie nicht die Provinz Jehol verlassen.

(Das Bewerfen mit Bomben ist also nach Ansicht dieses Herrn noch kein „Angreifen“.)

Die japanischen Aktionen im Bereich der Bahn Schanghai-Kiang—Tsinwangtau—Tientsin—Peping

sind noch nicht weitergetrieben worden. Eine halbamtliche Meldung aus Tokio läßt die japanischen Absichten von neuem erraten. Danach „stützt sich“ das japanische Unternehmen bei Schanghai-Kiang auf das Boxerprotokoll von 1901. Dieses Protokoll bestimme, daß sich in einem Streifen von zwei Meilen beiderseits der Bahn Schanghai-Kiang—Tientsin keine chinesischen Truppen aufhalten dürfen. Den Schutz dieser chinesischen Zone vertraut aber das Boxerprotokoll nicht den Japanern allein an. Wenn diese sich trotzdem bei Schanghai-Kiang zu alleinigen „Hütern“ des Protokolls aufgeworfen haben, so läßt das erwarten, daß sie im Bewußtsein dieser Mission und unter Berufung auf das Protokoll ihre Aktion bis Tientsin ausdehnen werden. Die genannte halbamtliche Meldung aus Tokio schließt denn auch mit der Feststellung, daß „die Lokalisierung der Unternehmung bei Schanghai-Kiang vom weiteren chinesischen Verhalten abhängig sei“; eine Ausdehnung der japanischen Aktion wird also nicht abgelehnt.

23 japanische Kriegsschiffe mit Landungstruppen an Bord

befinden sich jetzt in chinesischen Gewässern. Sie haben Befehl, nach Tsinwangtau zu gehen und dort zu ankern. (Mitteilung der japanischen Admiralität.)

Der Kommandeur des englischen Geschwaders vor Tsinwangtau, dessen Vermittlungsvorschlag, wie wir mitteilten, vom japanischen Oberbefehlshaber Nakamura abgelehnt worden war, hat sich dann an die chinesischen Lokalbehörden gewandt. Diese haben erklärt, nur die Nankinger Regierung könne solche Verhandlungen führen. Die Chinesen konnten in der Tat nicht auf diese Vermittlung eingehen, nachdem Nakamura soeben dem vermittelnden Engländer gesagt hatte: Verhandlungen kämen erst in Frage, nachdem die Chinesen vor den japanischen Forderungen kapituliert hätten. Nakamura hat neuerdings die Katze aus dem Sack gelassen, indem er erklärt hat, wie er sich die „örtliche Beilegung“ des Konflikte denkt: er

schlägt die Schaffung eines Pufferstaats mit Schanghai-Kiang als Hauptstadt vor.

Wie aus Nanking amtlich gemeldet worden ist, ist in der Sitzung des Kriegsrates am Montag beschlossen worden, an die chinesische Armee einen Rundbefehl zu erlassen, der die Alarmbereitschaft sämtlicher chinesischer Truppen anordnet. Es heißt darin, daß der Marschbefehl täglich zu erwarten sei.

## Blutige Kämpfe in Indien.

Der verhängnisvolle Kampf zwischen Hindus und Mohammedanern, eines der stärksten Hemmnisse des indischen Kampfes gegen die britische Herrschaft, ist wieder neu aufgeflammt. In Bombay kam es am Sonntag zu schweren Zwischenfällen. Drei Personen wurden getötet, 23 verletzt. Die Kämpfe wurden dadurch hervorgerufen, daß mehrere spielende Kinder einen Mohammedaner mit ihrem Ball am Kopf trafen. Dieser bedrohte die Kinder, worauf andere Mohammedaner und Hindus herbeieilten. Die Streitigkeiten arteten bald zu einem blutigen Kampf aus, in dem Messer und Stücke als Waffen verwendet wurden. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen, und die Geschäfte und Wirtschaften verbarrikadierten ihre Türen. Die Kämpfenden hielten zwei Straßenbahnwagen an, rissen die Insassen heraus und bearbeiteten diese mit Messern.

Die Polizei stellte die „Ruhe und Ordnung“ mit Hilfe des Gummiknüppels wieder her.

## Aufstand in Alwar.

In dem indischen Staat Alwar ist ein Aufstand des mohammedanischen Stammes der Meo ausgebrochen, der sich zum Teil gegen die übermäßigen Steuern richtet, die von dem Maharadscha erhoben werden, zum anderen Teil gegen die Hindus. Etwa 80 000 Meos sind an dem Kampf beteiligt. Da sie nicht nur zu den kriegerischsten Stämmen Indiens gehören, sondern außerdem unter der Führung früherer indischer Soldaten stehen und 2000 ehemalige Kriegsteilnehmer unter sich haben, ist es den Truppen bisher unmöglich gewesen, den Aufstand zurückzuschlagen. Hunderte von Dörfern der Hindus werden geplündert und in Brand gesteckt, die Hindu-Heiligtümer werden zerstört. Eine große Anzahl von Menschen sind bei den Kämpfen getötet worden. Bei einem Sturm der Meos auf ein Regierungsgebäude kamen allein 80 Aufständische ums Leben.

Der Maharadscha hat um militärischen Beistand aus Britisch-Indien gebeten. 600 Mann Infanterie, 400 Mann Kavallerie und zwei Panzerwagen rücken aus Delhi an.

Welch zwingender Beweis für die britischen Imperialisten, daß ihre Anwesenheit in Indien für die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ unentbehrlich ist!

## Die „Friedenskonferenz“.

### Einsteinsten gegen das Genfer Theater.

Einstein erklärte in einem Interview, das in der amerikanischen Zeitschrift „Magazin“ veröffentlicht worden ist, daß die Genfer Friedenskonferenz nicht nur eine Tragödie sei, sondern die dort anwesenden Staatsmänner leisteten obendrein den Kriegsbestreben unter dem Vorwand, Frieden zu stiften, noch Vorschub. Die Welt sei heute vom Frieden ebensoweit entfernt, wie 1918. Wenn die Amerikaner Frieden haben wollten, müßten sie sich zusammen mit den europäischen Staaten weigern, Kriegsmaterial herzustellen und zu kämpfen.

### Für den nächsten Krieg.

Die belgische Regierung hat bei der englischen Flugzeugfirma Fairey eine große Anzahl schneller Kampfflugzeuge und Bombenflugzeuge bestellt. Die genaue Zahl der bestellten Maschinen wird nicht bekanntgegeben.

### Von der Arbeit der argentinischen Polizei.

Argentinien gehört zu den Ländern, in denen von Zeit zu Zeit „Verschwörungen rechtzeitig aufgedeckt“ und „Putschversuche unterdrückt“ werden. Erst vor wenigen Wochen wurden bei einer solchen Gelegenheit zwei ehemalige Staatspräsidenten, Irigoyen und Alvear, verhaftet. Alvear ist vor einigen Tagen auf eine Insel verbannt worden. Neuerdings hat die argentinische Polizei, wie das Innenministerium bekanntgibt, eine Reihe kleinerer „Umsturzversuche“ unterdrückt. U. a. sollen Anhänger Irigoyens einen Truppentransportzug angegriffen haben. Zahlreiche Verhaftungen in ganz Argentinien. Was in Wahrheit hier vorgeht, können wir zur Zeit noch nicht übersehen.

Die kolumbische Regierung hat in einer Note an den Völkerbund den kolumbisch-peruanischen Streit geschildert. Sie beschwert sich über die Tätigkeit peruanischer Banden und meint, eine Unterstützung dieser Bandentätigkeit seitens der peruanischen Regierung würde einen Bruch der Völkerbundsatzung, des Kellogg-Paktes und der übrigen zwischen Peru und Kolumbien geltenden Verträge bedeuten.

## Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

III.

### Die Periode der direkten Aktionen gegen den Krieg.

Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß es nicht nur bei den Worten geblieben ist. Die Jahre, die darauf gefolgt sind — ich komme noch darauf zurück — haben in mancher, ich möchte sagen fast in jeder Hinsicht Enttäuschungen in der Praxis gebracht, die diesem theoretischen Bekenntnis der Gewerkschaften hatten folgen müssen. In den Jahren, die unmittelbar auf den Weltkrieg folgten, als die Arbeiterklasse noch frisch unter dem Eindruck der Kriegsgreuel stand, hat sie allerdings ein paar Mal gezeigt, daß sie nicht nur bereit und imstande war, ihren Willen in schön gefaßten Resolutionen zum Ausdruck zu bringen, sondern daß sie auch den Willen und die Macht dazu besaß, diese Resolutionen in die Tat umzusetzen. Ich erinnere nur an den Boykott Ungarns 1920 (in den Monaten Juni, Juli und August). Es war keine Bekämpfung der direkten Kriegsgefahr, d. h. es war kein Krieg zwischen zwei Nationen, zwischen zwei Ländern; aber in Ungarn selber herrschte Krieg. Die weiße Reaktion schändete und mordete die Arbeiterschaft, tausende Gewerkschaftler und Sozialisten schmachteten in den Gefängnissen und Gefangenlagern, Hunderte wurden auf fürchterlichste Weise gefoltert und zu Tode gemartert. Da war es zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, daß die Arbeiter ihre ökonomische Macht anwendeten, um den Arbeitsbrüdern in einem anderen Lande zu helfen. Die Eisenbahner und Transportarbeiter außerhalb Ungarns, ganz besonders die Eisenbahner und Transportarbeiter Oesterreichs, haben sich damals geopfert, nicht für ihre eigenen unmittel-

baren Interessen, sondern für die Arbeiterschaft in einem von der Kriegskamarilla beherrschten Lande. Weder Drohungen der Ententeregierungen, welche die weiße Reaktion in Ungarn nach Kräften unterstützten, noch die Bitten der eigenen Regierung, die damals in Oesterreich eine sozialistische war, haben die österreichischen Arbeiter davon abgehalten, ihre volle Pflicht zu tun, und als die Unternehmer den Arbeitern an den österreichischen Grenzstationen anboten, für jeden Waggon, den sie von Oesterreich nach Ungarn oder umgekehrt von Ungarn nach Oesterreich hinein ließen, einen vollen Jahreslohn zu zahlen, wurde dies von den durch vier Kriegsjahre und einen fürchterlichen Winter ausgehungerten österreichischen Arbeitern höhnend zurückgewiesen. Während der zehn Wochen, welche der Boykott dauerte, ist kein einziger Waggon von Oesterreich nach Ungarn oder von Ungarn nach Oesterreich gelangt. Das zeigt, welche Macht die Arbeiterschaft besitzt, wenn sie den Willen zur Tat hat, und wenn sie bereit ist, den Preis zu zahlen.

Im selben Jahre gab es Krieg zwischen Polen und Rußland, ein Krieg der seitens der Ententemächte mit Geld, mit Waffen, mit Soldaten unterstützt wurde. Eingedenk der Resolution, welche die Transportarbeiter wenige Monate vorher auf ihrem Kongresse in Oslo gefaßt hatten, erließ die Transportarbeiter-Internationale an alle Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner den Appell, den Transport von Kriegsmaterial nach Polen zu unterbinden. Freudig haben die Transportarbeiter aller Länder diesen Aufruf befolgt. In den verschiedenen Häfen Europas — so in Großbritannien, in Belgien, Frankreich und Deutschland — haben sich die Transportarbeiter geweigert, Kriegsmaterial zu verladen, und zahlreich sind die Fälle, in denen sie es unter Zurücksetzung ihrer eigenen Interessen durchgeführt haben. Ich erinnere mich eines Falles — ich könnte mehrere anführen — wo, nachdem es trotz aller Wachsamkeit der Kriegsindustrie gelungen war, vier Waggons Kriegsmaterial aus Frankreich durch Belgien in den Antwerpener Freihafen zu bringen, von wo aus dasselbe in ein nach Danzig fahrendes Schiff verladen werden sollte, dies noch im allerletzten Augenblick verhindert wurde. Ein Unterstationsvorsteher einer kleinen Station vor Ant-

werpen vernahm die soeben mitgeteilte Tatsache und setzte sich sofort mit der Mannschaft einer sich auf seiner Station befindlichen Lokomotive in Verbindung. Mit dem Lokomotivführer und dem Heizer fuhr er dann in den Freihafen, und während er selber die Aufmerksamkeit der wachhabenden Gendarmen auf sich lenkte, kuppelte Lokomotivführer und Heizer die Wagen an ihre Maschine und brachten die Munition unter den Kugeln der Gendarmen aus dem Antwerpener Freihafen heraus. Ich zitiere auch diesen Fall nur deshalb, weil sie von revolutionärem Geist erfüllt sind und den Willen zur Tat haben.

Niemand anders als Rykoff, damals stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, hat auf dem Kongresse der Dritten Internationale erklärt, daß, wenn es im Jahre 1920 der Bourgeoisie der kapitalistischen Länder nicht gelungen sei, Sowjetrußland niederzurücken, dies der aktiven Solidarität der Arbeiter Westeuropas zu verdanken wäre.

Im April des Jahres 1922 hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Rom nochmals, sich stützend auf die Tatsache, daß die Arbeiterschaft während der Jahre 1920 und 1921 nicht nur bereit war, sondern auch durch die Tat bezeugt hatte, was sie durch ihre ökonomische Macht vermochte, einstimmig eine Resolution gefaßt, die einige Monate später in großen Zügen vom Haager Friedenskongresse, an dem außer Vertretern der Gewerkschaften aller Länder Europas auch die Vertreter aller wichtigen sozialistischen Parteien, Genossenschaftler und Friedensgesellschaften zugegen waren, bestätigt wurde. In dieser Resolution wurde nochmals ausdrücklich hervorgehoben, daß der Kampf gegen den Militarismus und den Krieg mit allen Mitteln zu führen sei, nachdem in der einleitenden Rede mit Nachdruck betont worden war, daß dies in der Praxis bedeute, daß die Arbeiterschaft es vorzöge, in die Straßen hinzuzusteuern zum Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie, um den Frieden, wenn nötig, durch einen offenen Aufstand in Stadt und Land zu erkämpfen, als daß sie noch einmal gemeinsam mit der Bourgeoisie Krieg führe gegen die Proletarier eines anderen Landes. (Fortsetzung folgt.)



## Fortgang der reaktionären Machenschaften.

### Papen bei Schwerindustriellen.

Am Sonnabend war Papen — wie der „Dortmunder General-Anzeiger“ erfährt — in Dortmund, wo er von dem bekannten Industriellen Springorum empfangen und in die Wohnung des Generaldirektors Voegler von den Vereinigten Stahlwerken begleitet wurde. Dort fand zwischen Papen und den beiden Großindustriellen eine eingehende Aussprache über die Wirtschaftslage und die innenpolitische Situation statt. Am Schlusse der Unterredung sei Papen gebeten worden, die Wünsche der deutschen Industriellen dem Reichskanzler vorzutragen. — Es scheint, daß sich nun alle diejenigen Reaktionen zusammen tun wollen, denen der politische Kurs Schleichers noch zu „sozial“ ist und die zum Papen-Kurs und zur schärfsten arbeiterfeindlichen Politik zurückkehren möchten.

### Papen bei Schleicher: Die amtliche Mitteilung.

Am Dienstag wurde folgende amtliche Verlautbarung über den am Vormittag erfolgten Besuch Papens bei Schleicher ausgegeben: „Der Reichskanzler empfing heute Herrn von Papen zu einer Rücksprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler vom 4. Januar und die daran geknüpften irreführenden Pressekommentare. Die Aussprache ergab die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegensätzlichkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Papen.“

### Einig — uneinig — einig.

Die bekannte „zuständige Stelle“ bestätigt, daß in einer am Sonnabend in der Reichskanzlei abgehaltenen Besprechung zwischen Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister eine grundsätzliche Einigung über die Agrar- und Handelspolitik erzielt worden ist.

Zum wievielten Male haben sich Minister über diese Fragen „grundsätzlich“ geeinigt, um sich dann grundsätzlich über die Einzelheiten zu streiten?

### Mißtrauensantrag gegen den Lübecker Senat angenommen.

In der Bürgerschaftssitzung am Montag wurde ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den Senat mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Grundeigentümer, der Deutschnationalen, des Hanseatischen Volksbundes und der Kommunisten angenommen. Die Kommunisten erklärten jedoch, sie würden in der zweiten Lesung am 17. Januar eventuell gegen den Antrag stimmen, wenn ein Antrag angenommen werde, wonach die Bürgerschaft sich selber auflösen kann und der Senat eine Erklärung abgibt, daß er seine bisherige arbeiterfeindliche Politik aufgeben wolle.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Hamburg:** Donnerstag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs! Redner: Erna Mros (Essen).

**Braunschweig:** Sonnabend, 14. Januar, 20.15 Uhr, „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Arbeiter an die Abwehrfront! Redner: Erich Irmer, Berlin. Freie Aussprache! Eintritt frei!

Der Parteitag der ungarischen SP wurde am Sonntag beendet. Auf dem Kongreß trat eine scharfe Linksoption hervor, die sich gegen das bürgerliche und tatenlose Verhalten der Parteiführer wandte. Trotzdem gelang es dem Vorstand, sich durchzusetzen. Nach dem Parteitag fand eine Demonstration statt, die von der Polizei niedergeknüppelt wurde. Mehrere Personen wurden dabei verletzt, und vier verhaftet.

## EINE BEICHTE VON THEODOR PLIVIER

Es klingelt.  
An der Berliner Türen wird den ganzen Tag über von allen möglichen Leuten geklingelt. Einer will ein Abonnement auf eine Familienzeitschrift loswerden, ein anderer empfiehlt einen patentierten Gassparbrenner, ein mittelloser Akademiker wünscht eine Unterstützung, ein Maler bietet selbstangefertigte Postkartenbilder an, ein sonnverbrannter kroatischer Händler ganz billige Bettvorleger, dann die Taubstummenanstalt, die Heilsarmee, die Arbeitslosen...  
Nachdem es dreimal geklingelt hat, öffne ich. Ein Mann steht mir gegenüber, den ich nicht gleich einordnen kann.  
„Ich habe Ihr Buch gelesen, ich muß mit Ihnen sprechen, ich muß unbedingt mit Ihnen sprechen“, sagt er.  
Dann sitzt er mir gegenüber.  
„Also Ihr Buch... im dritten Kapitel schildern Sie den Matrosenaufstand. Ich bin mit dabei gewesen, damals im November 1918 in Kiel.“  
Er macht eine Pause. Sein Blick gleitet von der hellen Fläche der Wand zum Fenster hin, als ob das Licht ihn störe. Ich habe Zeit, ihn zu betrachten. 1918 in Kiel, — er kann damals alles gewesen sein, ein Matrose, ein Kadett, ein junger Offizier?  
„Mit dem Gedächtnis ist es eine furchtbare Sache. Ich sagte Ihnen wohl schon; ich wollte eigentlich gleich kommen, schon vor ein paar Wochen. Aber heute habe ich den Stahlhelmaufmarsch gesehen.  
180 000 Mann. Und die Bevölkerung an den Fenstern, — keine Hand hat sich gerührt. Auch die Arbeiter auf dem Bürgersteig, ganz still standen sie da.“

## Arbeiter, Bauern und Zölle.

—t. In der ersten Wirtschaftspolitischen Aussprache, die der ISK in Berlin nach dem Burgfrieden veranstaltete, stand zur Diskussion das Thema: Die Schädigung von Arbeitern und Bauern durch die gegenwärtige deutsche Handelspolitik.

Nach einem kurzen einleitenden Bericht über den Zustand der deutschen Handelspolitik sowie der internationalen Handelspolitik überhaupt leitete Hellmut Rauschenplat eine Aussprache, in der vor allem die Frage behandelt wurde: Wie kann den deutschen Bauern heute geholfen werden?

Zwar stehen Getreidepreise und die Preise für Viehprodukte (Milch, Butter, Käse) dank handelspolitischer und anderer Maßnahmen ungefähr auf Vorkriegshöhe. Aber die Preise für Vieh sind, verglichen mit der Vorkriegszeit um ein Drittel gesunken (mit handelspolitischen Maßnahmen kann dagegen wenig ausgerichtet werden, weil Deutschland in bezug auf die Fleischproduktion fast autark ist). Gewiß sind auch Düngemittel um etwa ein Drittel im Preise gesunken; aber landwirtschaftliche Maschinen, Textilwaren und Baustoffe bezahlt der Landwirt teurer als vor dem Krieg (industrielle Fertigwaren sind im Durchschnitt um 14 Prozent teurer); die Ausgaben für Löhne und Sozialversicherung sind größer, und die Steuerlasten sind erheblich gestiegen. An welchem Punkt kann angesetzt werden, um den Bauern zu helfen?

Die Regierung will zur Zeit ansetzen an der Fettwirtschaft: Die Buttereinfuhr unterliegt einem Zoll von 75 Mark pro Doppelzentner; für 1933 ist die Einfuhr auf 55 000 Tonnen jährlich kontingentiert. Neuerdings sollen 15 000 Tonnen Butter dadurch aus dem Markt herausgenommen werden, daß sie der Margarine zwangsweise beigemischt werden. — Welche Bedeutung hat der Milchpreis und der Butterpreis für den Landwirt? Zum Erstaunen der meisten Anwesenden wurde festgestellt, daß die

Erhöhung des Milchpreises um 1 Pfennig pro Liter für die deutschen Landwirte eine jährliche Mehreinnahme von 170 Millionen Mark bedeutet.

Eine Erhöhung um 4 Pfennig macht bereits ebenso viel aus,

wie die Streichung der sämtlichen Schuldzinsen, die deutsche Landwirte heute zu bezahlen haben. Die Hälfte der verkauften Milch wird in Form von Butter verkauft. Eine Erhöhung des Butterpreises würde zu weiterer Abwanderung von Konsumenten zur Margarine führen. Durch eine Erhöhung des Butterpreises, wenn sie überhaupt möglich ist, könnte daher bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit den Bauern voraussichtlich gar keine Hilfe gegeben werden.

Kann etwa von der anderen Seite her, durch eine Senkung der Kosten der Milchproduktion, den Bauern geholfen werden? Sofort antwortete ein Teilnehmer: Ja, durch Herabsetzung der Futtermittelzölle. Die anschließende Untersuchung förderte merkwürdige Ansichten städtischer Genossen über die Ernährung von Kühen zu Tage. Zwei aus landwirtschaftlicher Arbeit kommende Teilnehmer entwickelten daraufhin den

Speisezettel der Kühe. Es zeigte sich, daß da eine Ermäßigung der Selbstkosten nur bei einem kleinen Teil des Futters, bei Kleie, durch Zollherabsetzung möglich ist.

In der Aussprache wurden eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Hilfe für die Bauern genannt. Die Befreiung von der Umsatzsteuer war der erste Einzelvorschlag, der gemacht wurde. Wenn Düngemittel heute billiger sind als vor dem Krieg, so steht doch außer Zweifel, daß die gegenwärtigen Preise für Kali und Stickstoff durch Monopole stark überhöht sind. Durch eine Zerschlagung dieser Monopole könnte den Bauern eine Erleichterung verschafft werden. Wichtiger ist aber: Bei Senkung der Getreidezölle und damit der Getreidepreise würde, infolge der Verbilligung des Brotes, in den Städten Kaufkraft frei für bäuerliche Veredelungsprodukte.

Das Hauptergebnis der Aussprache war: Es ist nicht möglich, einer einzelnen Gruppe der Bevölkerung allein aus der Krise herauszuhelfen. Ohne Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und ohne Stärkung der Massenkaufkraft kann den Bauern in Deutschland kaum spürbar geholfen werden. Die Interessen von Arbeitern und Bauern laufen daher weitgehend in derselben Richtung.

## Ferienende in Genf.

Die Genfer Weihnachtsferien sind durch die Eröffnung der zweiten Tagung des Vorbereitenden Ausschusses der Weltwirtschaftskonferenz beendet worden. Der Vorsitzende des Ausschusses, Trip (Präsident der Holländischen Nationalbank) betonte in seiner Eröffnungsrede, daß der Ausschuß jetzt endlich zu praktischen Ergebnissen zu gelangen hätte, daß die Voraussetzungen dazu aber gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Zugeständnisse seien. Sowohl Trip als auch amerikanische Sachverständige betonten, daß der Ausschuß natürlich auch über die politisch schwerwiegenden Probleme verhandeln könne.

Diese Erklärungen sind interessant im Zusammenhang mit der Forderung der Londoner „Times“ (die wahrscheinlich nicht unabhängig von der britischen Regierung erhoben worden ist), die Kriegsschuldenfrage vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz zu bereinigen. Die Schuldenfrage ist höchstwahrscheinlich eine der politischen Fragen, mit deren Behandlung man in Genf jetzt beginnen möchte.

Eine andere dieser Fragen ist die der Goldwährung: maßgebende politische Stellen in Washington sind angeblich der Ansicht, daß eine befriedigende Lösung der Schuldenfrage nicht möglich sei, solange England nicht zum Goldstandard zurückkehre. Der Grund für diese Forderung ist selbstverständlich der, daß England durch den niedrigen Pfundkurs und die häufigen Schwankungen Handelsvorteile erzielt. Die englische Regierung hat den Ausschuß zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz bereits davor gewarnt, sich mit der englischen Währung zu beschäftigen, da die Arbeiten des Ausschusses wegen dieser Bemühungen schon einmal erfolglos abgebrochen werden mußten.

In der Eröffnungsversammlung nannte der englische Finanzsachverständige Leith Ross folgende Voraus-

setzungen als notwendig für die Bereinigung der Wirtschaftskrise:

1. sofortige Regelung der interalliierten Schuldenfrage, 2. Stabilisierung der Währungen und neue Verteilung des Goldvorrats, 3. finanzieller Wiederaufbau durch Wiederherstellung der internationalen Kreditbeziehungen, Stillhalteabkommen für die privaten Schulden und Aufhebung der Devisen- und Transfer-Sperren, 4. Abbau der Handelschranken und der Schutzzollpolitik.

Es ist schwer zu verstehen, wie sich Punkt 2 mit der Weigerung Englands, zum Goldstandard zurückzukehren, und Punkt 4 mit der fünfjährigen Zollbindung verträglich, die England in Ottawa eingegangen ist.

Der amerikanische Sachverständige erklärte, daß die amerikanische Regierung mit der Regelung der Schuldenfrage vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz einverstanden sei. Das kann heißen, daß die Regelung der Schuldenfrage demnächst in Angriff genommen wird, kann aber auch heißen, daß der Beginn der Weltwirtschaftskonferenz solange verschoben wird, bis ein Schuldenabkommen erzielt worden ist.

Daß der Ausschuß in Genf zu positiven Ergebnissen kommt, in dem Sinne daß er, wie beabsichtigt, wichtige Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik schon vor Zusammenritt der Vollversammlung der Weltwirtschaftskonferenz klärt, wird von keiner Seite mehr erwartet. Vielmehr rechnet man damit, daß der Ausschuß lediglich eine formale Tagesordnung für die Weltwirtschaftskonferenz aufstellt. Vorläufig wird ihm wahrscheinlich selbst das nicht gelingen, da sich die Großmächte über das Datum der Weltwirtschaftskonferenz noch nicht im Klaren sind.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A Janiszewski Buchdrucker und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Wie ein Einzug in eine feindliche Stadt! Eigentlich war es erschütternd.

An der Spitze die Offiziere... dann die Kolonnen, und zuletzt der Nachwuchs; junge Gesichter, Schüler von siebzehn oder achtzehn Jahren.

So jung war ich damals auch!

Aus der Obersekunda hatte ich mich freiwillig zur Marine gemeldet, achtzehn Jahre war ich gerade...“

Mein Besucher starrt wieder durchs Fenster. Was er wohl will? Schlecht zu gehen scheint es ihm nicht. Er sieht gepflegt aus, hat einen weichen, sauber gestutzten Bart, die Krawatte paßt zu seinem hellen Anzug.

„Ja, die Gesichter heute, die Soldaten in den alten Felduniformen und die eisig dastehenden Arbeiterreihen. Vierzehn Jahre ist das nun her. Dieser Sonntag damals, der 3. November in Kiel. Wissen Sie, ich war einer von den Rekruten, die den Zugang zum Arresthaus abgeriegelt haben...“

„Abgeriegelt nennen Sie das?“

„Hören Sie. Ich...“ Er steht auf, als wolle er weg. „Sie erinnern sich doch, die Matrosen vom 4. Geschwader, die die Feuer rausgerissen hatten und nachher ganz Kiel auf den Kopf stellten, sollten wieder auf die Schiffe.“

Der Gouverneur hatte Alarm blasen lassen.

Als dem Befehl nicht Folge geleistet wurde, und die Matrosen zum Viehburger Gehölz zogen, ließ der Gouverneur sein Dienstgebäude von einer Kompanie Seesoldaten umstellen. Die Bewachung der Arrestgebäude, die die Kulis stürmen wollten, übertrug er dem Kapitän zur See Bartels. Der Kapitän überwies die Aufgabe einem Hauptmann. Aber der Hauptmann hielt sich mit seiner Kompanie in Reserve. Nach vorn, gegen die Demonstranten, schickte er einen Leutnant mit einer Abteilung Rekruten. Das waren wir; unser Leutnant hieß Steinhäuser, er war von der Infanterie strafversetzt. Ich sage dies nicht, um ihn zu ver-

kleinern, — er war der Schlechteste nicht. Und seit dem Sonntag damals ist er tot.

Leutnant Steinhäuser hatte uns ausgebildet. Dann war noch der Hauptmann auf dem Kasernenhof, ein dicker Kerl, der immer mächtig rumschnauzte. Den Kapitän Bartels haben wir nur bei der Vereidigung zu sehen bekommen. Und denn noch einmal, bei einer großen Parade, die S. M. abnahm...“

Es fällt meinem Besucher offenbar schwer, über die Sache zu sprechen, die ihn eigentlich hergeführt hat.

„Sie müssen meine Einstellung damals verstehen. Wie alle bei uns glaubte ich an das System. Je mehr goldene Aermelstreifen ich sah, um so strammer stand ich da. Als der Kaiser die Front abschritt, fühlte ich meinen Körper kaum noch. Aber lachen mußte ich doch, innerlich natürlich nur, über unseren Hauptmann nämlich. Der war so aufgeregt, daß ihm beim Kommandieren die Stimme über schnappte.“

Nachher gab es gutes Essen, und wir hatten dienstfrei. Ich lief in der Kaserne herum und war eigentlich enttäuscht.

Ich hatte geglaubt, daß ich einen erhebenden Augenblick erleben sollte. Aber der piepsende Hauptmann, und dann das erste Wort des Kaisers. „Leute“ hatte er gesagt. Warum „Leute“, warum nicht Kameraden! Nicht meinetwegen, ich war ja ein junger Rekrut und sollte erst ein Soldat werden. Aber neben mir standen U-Bootsmatrosen und Torpedobootsfahrer mit Orden.“

Alles will er mir erzählen, — die Vereidigung auf die Kriegsflagge, ein Signalkursus auf der „Amazone“, erste Eindrücke von den Kieler Kneipen. Dabei spricht er durchaus nicht unkonzentriert, — es liegt ihm daran, daß ich seine damalige Lage verstehe: seine patriotische Beeinflussung von der Schule her, die monatelange Internierung als Rekrut, die völlige Verbindungslosigkeit mit der wachsenden Bewegung gegen den Krieg.

(Fortsetzung folgt.)

